



Ein Plan gegen Hitze

Der Klimawandel wirkt sich auf die Arbeitswelt aus: Neben intensiver UV-Strahlung, verstärkter Allergiebelastung und neu auftretenden Erregern, belasten hohe Temperaturen und Hitze Körper und Seele der Beschäftigten. Hält die Hitze länger an, schränkt sie die Leistungsfähigkeit der Menschen ein. Die Unfallgefahr steigt. Unternehmen sind darauf noch nicht genügend vorbereitet.

Nach dem Sommer ist vor dem Sommer, wenn es um das Hitzeschutzmanagement geht. Auch wenn es uns dieses Jahr nicht so heiß traf, die nächste Hitzewelle kommt bestimmt. Jetzt ist die Zeit, Schutzmaßnahmen zu evaluieren und sie anzupassen.

Besonders von hohen Temperaturen betroffen sind Menschen, die schwere körperliche Arbeit leisten oder im Freien tätig sind. Auch Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen oder mit Vorerkrankungen sind stärker gefährdet. Weil Hitzeperioden häufiger werden und länger andauern, kommen auch neue Berufsgruppen hinzu. Arbeiten Menschen in Gebäuden ohne Kühlung – beispielsweise in älteren Gebäuden oder Lagerhallen – besteht auch bei diesen Arbeitsplätzen die Gefahr, dass die Gesundheit durch hohe Temperaturen und Hitze beeinträchtigt wird.

„Hitzebelastungen am Arbeitsplatz werden leider oft als gegeben hingenommen“, erklärt Dr. Stefan Hussy, Hauptgeschäftsführer der DGUV. „Die resultierenden Gesundheitsrisiken werden von vielen Beschäftigten und Führungskräften unterschätzt.“

Die Auswirkungen zeigen sich in gesundheitlichen Folgen wie Abgeschlagenheit, Un-



Nicht nur Beschäftigte, die im Freien arbeiten, sind von Hitze betroffen.

konzentriertheit, Dehydrierung, aber auch Depression oder gesteigerter Aggressivität. Auch wirtschaftliche Folgen stellen sich ein, wenn Menschen bei Hitze weniger produktiv sind oder Arbeitsstunden verloren gehen.

Gefährdungen erkennen und dokumentieren
Wärme- und Hitzeschutz ist Führungsaufgabe. Kümmern sich Führungskräfte nicht selbst um das Thema, müssen sie Verantwortliche benennen, die sich der Prävention am Arbeitsplatz annehmen. Es sollte überprüft werden, ob die Vorgaben der Technischen Regel für Arbeitsstätten ASR A3.5 „Raumtemperatur“ eingehalten werden. Vulnerable Gruppen sollten identifiziert und im besonderen Maße berücksichtigt werden.

Sind die Gefahren durch Hitze erkannt, müssen diese für jeden Arbeitsplatz in der Gefährdungsbeurteilung dokumentiert und Maßnahmen abgeleitet werden.

Wirksame Maßnahmen können sein, die Arbeitsbelastung zu reduzieren, die Arbeitszeiten zu verlagern oder die Pausen anzupassen. Kühle Pausenräume, Schattenplätze, Getränke, leichte Speisen und passende Kleidung sollten zur Verfügung stehen.

„Die Arbeitswelt ist auf Hitze noch nicht ausreichend vorbereitet“, so Hussy. „Wir müssen den Klimawandel aber beim Arbeitsschutz dringend mitdenken. Einige Berufsgenossenschaften, wie die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft oder die Berufsgenossenschaft Handel und Warenlogistik, beschäftigen sich schon länger mit den Gefährdungen durch Hitze. Die gesetzliche Unfallversicherung wird dieses Wissen auch auf andere Branchen übertragen. Unsere Forschungsprojekte helfen zudem, alle Auswirkungen des Klimawandels auf die Arbeitswelt zu erforschen.“

Das Umweltbundesamt hat 2017 Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen veröffentlicht. Zwar richten sich diese in erster Linie an Kommunen, jedoch können sie auch Unternehmen unterstützen, Schutzkonzepte gegen hitzebedingte Erkrankungen und Todesfälle zu entwickeln. Die Berufsgenossenschaften und Unfallkassen beraten die Unternehmen und weisen auf Maßnahmen nach dem TOP-Prinzip hin (siehe Grafik auf Seite 4).



Interview mit Stefan Grieger, Hauptgeschäftsführer des DVR

„Wir möchten, dass alle ankommen – nicht umkommen.“

Liebe Leserinnen und Leser,

Erste Hilfe geht uns alle an. Denn Unfälle können sich überall ereignen – in der Freizeit, im Berufsleben oder in der Schule. Mit einfachen Mitteln kann man schon in den ersten Minuten nach einem Unfall entscheidend helfen – auch wenn es „nur“ bedeutet, den Notruf zu wählen.

Viele Menschen tun das aber nicht. Warum? Vielleicht, weil das Wissen fehlt oder der Mut oder sogar das Verantwortungsgefühl. Ich finde, das sollte sich in unserer Gesellschaft ändern. Deswegen freut es mich, dass das diesjährige Präventionsprogramm von Jugend will sich-er-leben – kurz JWSL – unter dem Motto „Erste Hilfe? Ehrensache!“ steht. Somit werden junge Menschen bereits am Anfang ihres Arbeitslebens damit vertraut gemacht, Hilfe zu leisten. Eignet man sich Wissen an und übt verschiedene Situationen, dann trägt das dazu bei, im entscheidenden Moment, einen kühlen Kopf zu bewahren. JWSL hat Videos entwickelt, die helfen, für das Thema während der Ausbildung zu sensibilisieren. So werden aus Azubis vielleicht auch betriebliche Ersthelfer oder Ersthelferinnen. In jedem Betrieb gibt es sie und sie sorgen dafür, dass im Notfall richtig gehandelt wird. Schon ein eintägiger Kurs gibt jedem das nötige Wissen dafür an die Hand. Die Lehrgangsgebühren werden von den Unfallversicherungsträgern übernommen. Auch gut zu wissen: Wer Erste Hilfe leistet – egal wo – ist gesetzlich unfallversichert.

Und: sich in Erster Hilfe fit zu machen, sollte nicht erst Thema für Azubis sein. Schon in der Schule sollte Erste Hilfe, altersgerecht aufbereitet, einen festen Platz haben. Je mehr Übung, desto besser. Erste Hilfe? Ehrensache!

Ihr
Dr. Stefan Hussy
Hauptgeschäftsführer der DGUV

In einer Umfrage des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) wurde die Achtsamkeit der Menschen im Straßenverkehr – im Vergleich zu anderen Lebensbereichen – am schlechtesten bewertet. Die Initiative #mehrAchtung, der auch der DVR angehört, will die Rücksichtnahme wieder in den Vordergrund rücken. Wie das gelingen kann und wie sich die Unfallzahlen entwickeln – darüber sprach DGUV Kompakt mit Stefan Grieger, Hauptgeschäftsführer des DVR.

Herr Grieger, in der Straßenverkehrs-Ordnung findet sich an zentraler Stelle der Satz: „Die Teilnahme am Straßenverkehr erfordert ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht.“ Warum braucht es trotzdem eine Kampagne für mehr Achtung im Straßenverkehr?

Zwischen einer Norm und der gelebten Wirklichkeit steht immer die Regelakzeptanz. Wir haben uns vorgenommen, diese Akzeptanz – die auch immer mit einer Einsicht zu tun hat – zu verbessern. Dass die Umgangsformen im Straßenverkehr manchmal zu wünschen übriglassen, ist kein neues Phänomen. Der DVR hat schon in den 1970er Jahren mit der „Hallo Partner-Dankeschön-Kampagne“ erfolgreich für ein besseres Miteinander im Straßenverkehr geworben. Wir hoffen, auch dieses Mal etwas Ähnliches bewirken zu können. Und es geht nicht nur um Bagatellen wie das Austauschen von Schimpfwörtern. Hier geht es um nichts Geringeres als Menschenleben. Jede Minute kam es im vergangenen Jahr auf unseren Straßen zu 4,5 Unfällen. Das sind mehr als 2,4 Millionen Unfälle. Wer sich ablenken lässt, alkoholisiert ist oder mit überhöhter Geschwindigkeit fährt, gefährdet nicht nur sich selbst, sondern auch seine Mitmenschen. Im vergangenen Jahr wurden 2.788 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet. Unser Ziel ist die Vision Zero. Wir möchten, dass alle ankommen – aber nicht umkommen.

Sind diese Unfallzahlen denn nur auf falsches Verhalten der Verkehrsteilnehmenden zurückzuführen?

Menschen machen Fehler. Das wird immer so sein. Diese Fehler dürfen aber nicht mehr zum Tod oder zu schweren Verletzungen führen. Mit der Vision Zero ist es gelungen, auch Fahrzeughersteller, Stadt- und Straßenplaner sowie andere Systemgestalter in die Verantwortung für die Sicherheit im Straßenverkehr einzubeziehen. Hier gibt es viele Ansätze, zum Beispiel sogenannte fehlerverzeihende Straßen, bei denen durch bauliche Maßnahmen Folgen eines Fehlverhaltens von Verkehrsteilnehmenden abgemildert werden. Dennoch hat jede und jeder Verkehrsteilnehmende eine Eigenverantwortung. Die Kampagne #mehrAchtung appelliert an die persönliche Haltung der Menschen. Respekt und Rücksicht helfen, Menschenleben zu retten. Wer einen anderen Menschen durch eigenes Verschulden Leid zufügt oder sogar seinen Tod herbeiführt, trägt dies ein Leben lang mit sich herum. Ist es da nicht viel besser, gegenseitig Rücksicht zu nehmen?

“
Respekt und Rücksicht helfen, Menschenleben zu retten.

Die Unfallzahlen des Statistischen Bundesamts von 2022 zeigen, dass sich der Anteil der tödlich verunglückten Radfahrerinnen und Radfahrer seit 2000 fast verdoppelt hat. Was muss getan werden, um den nicht motorisierten Verkehr sicherer zu machen?

Neben unzureichenden Sichtbeziehungen ist eine mangelhafte Infrastruktur häufig mitursächlich für Unfälle mit Radfahrenden. Besonders an Kreuzungen und Einmündungen, beim Queren von Fahrbahnen sowie auf zu schmalen Radwegen kommt es auch aufgrund der Infrastruktur zu Unfällen. Wir fordern daher eine Modernisierung der Infrastruktur – gerade auch zugunsten der ungeschützten

Auto, Rad, Lkw. Wir sitzen alle im selben Boot.

Bringen wir **#mehrAchtung** auf die Straße.

#mehrAchtung

Ein Verkehrssicherheits-Initiative
mit dem Bundesrat, der DGUV
und Partnern mehrachtung.de

Foto: © DVR

Ein besseres Verkehrsklima fordert die Verkehrssicherheitsinitiative #mehrAchtung. DGUV sowie Berufsgenossenschaften und Unfallkassen unterstützen die Aktion.

Verkehrsteilnehmenden. Aber auch hier spielt die gegenseitige Rücksichtnahme selbstverständlich eine Rolle.

zurechtzufinden. Auch die Ausstattung der Schulranzen und Kleidung mit Reflektoren leistet einen wichtigen Beitrag, besonders in der dunklen Jahreszeit. Nebenbei: Die öffentlichen Verkehrsmittel sind nach wie vor das sicherste Verkehrsmittel, um in die Schule zu kommen.

Ganz aktuell bringt die Bundesregierung ein Gesetz für die Legalisierung von Cannabis auf den Weg. Was hat das für Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit?

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Teilnahme am Straßenverkehr nach Cannabiskonsum zu einem erhöhten Unfallrisiko führt. Cannabis kann die Fahrtüchtigkeit, insbesondere durch kognitive Wirkungen, massiv beeinträchtigen. Wer unter Einfluss dieser Droge fährt, riskiert sein Leben und das Leben Unbeteiligter. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Auswirkungen des Cannabiskonsums auf die Verkehrssicherheit in ihre geplante Informationskampagne aufzunehmen. Im Straßenverkehr gilt: Wer kiff, fährt nicht. Und wer fährt, kiff nicht. Rauschmittel haben im Straßenverkehr nichts verloren. Dies gilt genauso für Alkohol.

→ Deutscher Verkehrssicherheitsrat:
www.dvr.de



Stefan Grieger,
Hauptgeschäftsführer des DVR

Rauschmittel haben im Straßenverkehr nichts verloren.

Ist das nur ein Thema für Städte?

Nein, dies betrifft die ländlichen Räume genauso. Radfahrende sind relativ ungeschützt, sie haben keine „Knautschzone“. Jeder Unfall kann daher zu schweren Verletzungen führen. Nur zehn Prozent des Radverkehrs spielt sich gegenwärtig außerhalb geschlossener Ortschaften ab. Gleichwohl ereignen sich hier rund 40 Prozent der tödlich verlaufenden Unfälle. Nur ein Viertel aller Unfälle wird auf Landstraßen verursacht. Aber fast 60 Prozent aller Verkehrstoten sind dort zu beklagen. Eine Absenkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf engen Landstraßen wäre hier ein erstes geeignetes Mittel, um die Zahl der Verkehrstoten zu reduzieren und die Schwere der Unfallfolgen zu senken.

Besonders gefährdet im Straßenverkehr sind auch Schulkinder. Können Eltern dazu beitragen, den Schulweg für sie sicherer zu gestalten?

Die Eltern können sehr viel beitragen. Zum Beispiel wäre es sinnvoll, dass sie mit ihren Kindern den Schulweg üben. Das Elterntaxi trägt eher dazu bei, den Schulweg für alle gefährlicher zu machen. Kinder, die immer zur Schule gefahren werden, lernen auch nicht, sich im Straßenverkehr

Gemeinsame Strategie für psychische Gesundheit

Die psychische Gesundheit in der Arbeitswelt soll durch eine gemeinsame Präventionsstrategie aller Akteurinnen und Akteure gefördert werden. Der 38. Internationale A+A Kongress vom 24. bis 27. Oktober 2023 bildet den Auftakt.

Der Koalitionsvertrag will längeres und gesünderes Arbeiten zu einem Schwerpunkt der Alterssicherungspolitik machen. Dazu soll ein Aktionsplan „Gesunde Arbeit“ ins Leben gerufen und der Grundsatz „Prävention vor Reha vor Rente“ gestärkt werden. Beide Vorhaben erfordern eine gemeinsame Präventionsstrategie und stärker verknüpfte Aktivitäten von Politik, Sozialversicherungen, Trägern, Verbänden und Unternehmen.

Als erste gemeinsame Aktivität einer übergreifenden Zusammenarbeit plant das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), die psychische Gesundheit in der Arbeitswelt in den Fokus zu stellen. Dabei sollen gleichermaßen die psychische Belastung bei der Arbeit, als auch der Umgang mit psychisch Erkrankten im Beschäftigungsverhältnis, sowie die Vermittlungshemmnisse für deren (Re-)Integration thematisiert werden. Dieses Vorhaben knüpft an die „Offensive Psychische Gesundheit“ an, welche 2020 startete.

Der A+A-Kongress soll den Auftakt bilden, eine gemeinsame Strategie zur Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen zu entwickeln. Darin sollen Maßnahmen für eine menschengerechte Arbeitsgestaltung, Teilhabe und Beseitigung von Beschäftigungshemmnissen für psychisch Erkrankte und die bessere Erschließung der vielfältigen Angebote und Unterstützungsleistungen thematisiert werden. Auch die gesetzliche Unfallversicherung wird auf dem A+A Kongress vertreten sein. Sie engagiert sich ebenfalls im Rahmen der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie und der Nationalen Präventionsstrategie für gute Arbeitsgestaltung und psychische Gesundheit.

→ Psychische Gesundheit in der Arbeitswelt,
24. Oktober 2023, 14.45 – 17.45 Uhr
www.basi.de/aa-kongress/

Gesundheitsgefahr Hitze

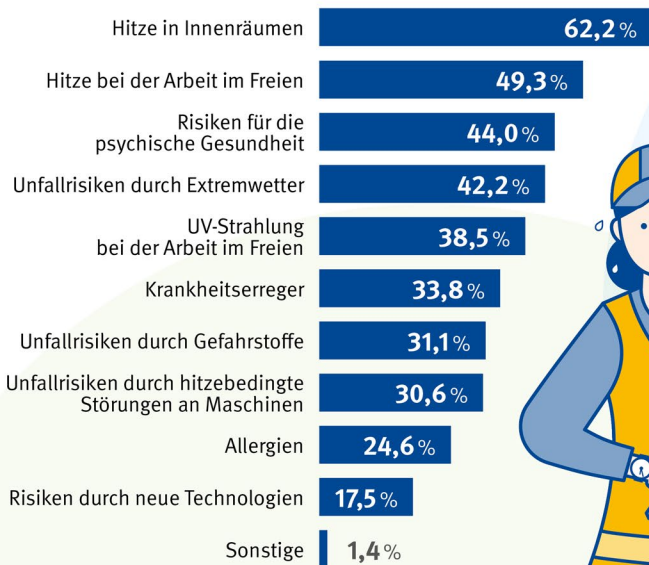
In Deutschland wird es wärmer. Mit den Temperaturen steigt auch das Risiko für häufigere und intensivere Hitzewellen. Diese belasten die Gesundheit und können die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmenden beeinträchtigen. Dass

Arbeitsschutz den Klimawandel mitdenken muss, ist bei vielen Unternehmen bereits angekommen. Rund zwei Drittel der Beschäftigten sehen Handlungsbedarf bei Hitze in Innenräumen und die Hälfte bei der Arbeit im Freien – so eine Befragung der DGUV

aus dem Jahr 2022. 44 Prozent sehen auch Risiken für die psychische Gesundheit durch den Klimawandel. Bei der Auswahl geeigneter Maßnahmen hilft das TOP-Prinzip.

➔ www.dguv.de > Webcode: p22327

Bei welchen Risiken durch den Klimawandel müsste aus Ihrer Sicht gehandelt werden, damit sicheres und gesundes Arbeiten weiterhin möglich ist? (Mehrfachnennungen möglich; n=1.039)



Maßnahmen gegen Hitze – TOP-Prinzip



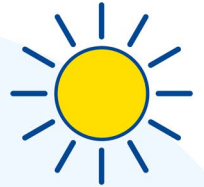
T TECHNISCH

- Verschattung
- Belüftung
- Klimatisierung



O ORGANISATORISCH

- Getränke bereitstellen
- Verlagerung von Arbeitszeit, Arbeitszeitlage und Arbeitsort
- kühle Pausenräume
- Arbeitskleidung anpassen
- Notfall- und Hitzeschutzpläne entwickeln



P PERSÖNLICH

- Sensibilisierung
- genügend trinken und leicht essen
- Pausen einhalten
- angepasste Kleidung tragen
- körperliche Anstrengung möglichst reduzieren



Grafik-Elemente: Territory / Gettyimages

Kick-off für die neue Kampagne der EU-OSHA

Sicher und gesund arbeiten in Zeiten der Digitalisierung – so lautet das aktuelle Motto der europäischen Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze“ der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA). Die Auftaktveranstaltung für den Start in Deutschland findet am 2. November 2023 bei der DGUV am Standort Berlin statt. Diskutiert werden die Auswirkungen von Digitalisierung auf Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten. Themenschwerpunkte der Kampagne in Deutschland sind:

Remote work, smarte digitale Systeme zur Umsetzung des Arbeitsschutzes sowie fortschrittliche Robotik und KI-basierte Systeme im Arbeitsschutz. Mit dabei sind Arbeitsschutzexpertinnen und -experten aus Praxis und Wissenschaft sowie den Sozialpartnern.

Es laden ein der nationale Focal Point der EU-OSHA, die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

➔ www.baua.de > Angebote > Veranstaltungen



Foto: © Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz

Mit diesem Motiv bewirbt die EU-OSHA ihre Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze“.

Impressum

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV), Dr. Stefan Hussy (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Redaktionsschluss: 12.09.2023

Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Frauke Füsers, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte, Ilka Wölffe

Chefredaktion: Britta Ibal, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastraße 40, 10117 Berlin

Redaktion: Kathrin Baltscheit, Katharina Braun, Katrin Wildt

Grafik: Atelier Hauer & Dörfler GmbH, www.hauer-doerfler.de

Verlag: Content5 AG, Welfenstraße 22, 81541 München

Druck: MedienSchiff BRuno

Kontakt zur Redaktion: kompakt@dguv.de

Bildquellen Porträts: S. 2: Jan Röhl/DGUV; S. 3: Martin Lukas Kim

